

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 1948/2019

23. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport

Betreff/Sach-antragsnr.	Arbeitsgelegenheiten für geflüchtete Menschen			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	21.10.2019	
Verfasser	Höttl, Doreen	Zuständiges Amt	Amt 3	
Sachgebiet	Stabsstelle Soziale Angelegenheiten	Abzeichnung OB:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport	Entscheidung	10.03.2020	Ö

Anlagen:	Anlage 1: Sachantrag Nr. 59 Anlage 2: Auszug sechste Sitzung ISJS
----------	--

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport beschließt, den Sachantrag Nr. 59 auf Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge und Asylbewerber in städtischen Einrichtungen abzulehnen.

Referent/in	Dräxler / BBV	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in	Halbauer / Bündnis 90/Die Grünen	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in		Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in		Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat		Ja/Nein/Kenntnis	
Klimarelevanz		keine	
Umweltauswirkungen		keine	
Finanzielle Auswirkungen		Unbekannt	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Nein	€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag			€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€
Folgekosten			€

Sachvortrag:

Am 21.10.2015 wurde durch den Integrationsreferenten des Stadtrates Fürstenfeldbruck, Herrn Wilhelm Dräxler, der Antrag auf Errichtung von Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge und Asylbewerber in städtischen Einrichtungen gestellt (Anlage 1).

Am 21.12.2015 wurde im Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, Kapazitäten für eine Koordination von Beschäftigungsstellen in Zusammenarbeit mit Jobcenter und Landratsamt zu eruiieren (Anlage 2).

Zunächst wurde gesammelt, in welchen Bereichen der Verwaltung die angesprochene Personengruppe überhaupt sinnvoll eingesetzt werden könnte. Die Themen Sprache, Mobilität und Ausbildungsstand mussten berücksichtigt werden. Hinzu kamen gesetzliche Vorgaben in Zusammenhang mit Bleiberecht und Arbeitsmarktregularien (wer darf arbeiten, Vorrang der versicherungspflichtigen Arbeitsplätze usw.).

Schließlich blieben zwei Bereiche, in denen Flüchtlinge sinnvoll eingesetzt werden konnten. Im Sachgebiet 11 (Bildung, Familie, Jugend, Sport) wurden fünf Praktikumsplätze geschaffen, die explizit über die Online-Plattform „www.sprungbrett-intowork.de“ Asylbewerbern im Raum Fürstenfeldbruck angeboten wurden. Davon wurde einmalig ein Platz genutzt.

Außerdem konnte mit der Regierung von Oberbayern verhandelt werden, dass am Waldfriedhof zwei Jobs im Rahmen der Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) geschaffen werden. Dieses Angebot wurde genau eine Woche von zwei Bewohnern der Unterbringungsdependance Fliegerhorst genutzt. Danach erhielt der Waldfriedhof eine Absage von den Herren. Weitere Interessierte gab es nicht.

Grund war hauptsächlich die Bezahlung von 0,80€ je Stunde, was die Arbeitsleistung nicht im Geringsten widerspiegelte (die Rückmeldungen zu den Arbeitsleistungen waren sehr gut). Nachverhandlungen über die Höhe dieses Entgelts mit der Regierung blieben erfolglos. Die Stadtverwaltung hat danach darauf verzichtet, die FIM-Maßnahme weiter zu bewerben, da sie der Ansicht ist, dass eine Aufwandsentschädigung von 0,80 € pro Stunde nicht geeignet ist, die Motivation zu harter körperlicher Arbeit wirklich herzustellen.

(Da am Waldfriedhof aber ein großer Bedarf an Hilfe im landschaftspflegerischen Bereich besteht, wurde im Frühjahr 2019 mit Sprint e.V. – einem örtlichen Verein für sozialpädagogische Resozialisierungs- und Integrationsangebote – ein Projekt initiiert, in dessen Rahmen junge Erwachsene ihre Sozialstunden am Waldfriedhof ableisten können. Dieses Angebot wird sehr gut angenommen und ist auch längerfristig mit den vorhandenen Personalressourcen leistbar.)

Der Integrationsreferent der Stadt war in die Überlegungen und Entwicklungen zu seinem Antrag eingebunden. Gemeinsam mit ihm ist die Verwaltung zu dem Schluss gekommen, dass die Unterstützung von Betrieben und Organisationen, die sich mit dem Thema reguläre Arbeitsangebote für Geflüchtete beschäftigen, im Moment der erfolversprechendere Weg ist, diese Menschen in die Stadtgemeinschaft zu integrieren.

Daher schlägt die Verwaltung vor, den Sachantrag Nr. 59 von Herrn Wilhelm Dräxler abzulehnen.